

18.04.2024

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten  
und ländliche Räume**

zu dem Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/6386

**Ohne Großmarkt kein Wochenmarkt: Ernährungssicherheit gewährleisten, alternative  
Vertriebswege offenhalten!**

**Berichterstatlerin**

Abgeordnete Dr. Patricia Peill

### **Beschlussempfehlung**

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 18/6386 – wird abgelehnt.



**Bericht**

**A Allgemeines**

Der Antrag, Drucksache 18/6386, wurde durch das Plenum am 25. Oktober 2023 zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume überwiesen.

Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses im Plenum erfolgen, § 82 Abs. 2 lit. b) GO LT NRW.

**B Beratung**

Der Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume hat den Antrag in seiner Sitzung am 8. November 2023 erstmalig aufgerufen und beschlossen, eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Am 29. Januar 2024 wurde diese Anhörung von Sachverständigen durchgeführt.

Den kommunalen Spitzenverbänden wurde gemäß § 58 GO LT NRW Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben.

Zur Anhörung lagen folgende Stellungnahmen vor:

Urheber/-in	Stellungnahme
Deutscher Fruchthandelsverband e.V. Dr. Andreas Brügger Bonn	<b>18/1201</b>
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Institut für Lebensmitteltechnik- und Ressourcenökonomik Dr. Johannes Simons Bonn	<b>keine</b>
IHK Köln Dr. Kristel Degener Köln	<b>18/1206</b>
Gemeinschaft zur Förderung der Interessen der Deutschen Frischemärkte e.V. Uwe Kluge Duisburg	<b>18/1204</b>
Ernährungsrat für Köln und Umgebung e.V. Clara Dorn Köln	<b>18/1236</b>
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) Hugo Gödde Münster	<b>keine</b>

Urheber/-in	Stellungnahme
AFC Consulting Prof. Dr. Otto Strecker Bonn	<b>18/1209</b>
Rheinischer Landwirtschafts-Verband e.V. (RLV) Bonn	<b>18/1198</b>
Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e.V. (WLV) Münster	
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<b>18/1239 (Neudruck)</b>
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
<b>sonstige Stellungnahmen</b>	
IHK Düsseldorf Düsseldorf	<b>18/1237</b>

Die Anhörung ist im Ausschussprotokoll 18/481 dokumentiert.

Sowohl die Auswertung der Anhörung als auch die abschließende Beratung und Abstimmung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume erfolgten in der 38. Sitzung am 17. April 2024 (Ausschussprotokoll 18/550).

Nach Auffassung der Fraktion der SPD seien die Großmärkte hinsichtlich der Lebensmittelversorgung ein Dreh- und Angelpunkt für Waren aus der Region und der ganzen Welt. Der Mix sei entscheidend. Es gebe nur noch acht Großmärkte in Nordrhein-Westfalen. Mindestens zwei dieser Großmärkte seien in ihrer Existenz bedroht. Da wo es Zerwürfnisse gebe, wo ein Großmarkt in Gefahr sei (Beispiele Düsseldorf, Köln), müsse die Landesregierung vermitteln und sich für die Aufrechterhaltung der Großmärkte einsetzen. Die Großmärkte spielten eine entscheidende Rolle bei der Versorgung von Kantinen, Mensen etc. mit regionalen Produkten. Food Hubs würden diese Funktion nur kopieren.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entgegnete, dass die Überschrift des Antrags „Ohne Großmarkt kein Wochenmarkt [...]“ etwas zu groß gegriffen sei. Dies habe die Anhörung der Sachverständigen gezeigt, die vielschichtiger gewesen sei, als von der antragstellenden Fraktion dargestellt. Die Beteiligten des Großmarktes Düsseldorf hätten einen neuen Standort gefunden und würden davon ausgehen, ihren Großmarkt weiter betreiben zu können. Durch die Anhörung seien die unterschiedlichen Großmarktstrukturen deutlich geworden, die von der Antragstellerin nicht getrennt voneinander betrachtet würden. Auf Großmärkten werde nicht vornehmlich mit regionalen Produkten gehandelt, sondern auch mit Importware. Ob die Tradition der Groß- und Wochenmärkte in die Liste des immateriellen Kulturerbes Nordrhein-Westfalens aufzunehmen sei, sei sehr fraglich.

Es habe nach Ansicht der Fraktion der CDU eine gute und breite Diskussion der verschiedenen Aspekte in der Anhörung gegeben. Es handele sich um einen Vertriebsweg, der große Probleme habe. Die Entwicklung auf dem Markt habe zu der Verringerung der Anzahl der Großmärkte in Nordrhein-Westfalen auf die aktuell acht verbliebenen geführt. Für die Einzelhändler gebe es aber inzwischen auch andere attraktive Optionen. Die Versorgung mit regionalen Produkten stehe bei den Großmärkten tatsächlich nicht im Mittelpunkt (z. B. auch viel Obst und Gemüse aus den Tropen). Für die Preisfindung auf den Märkten würden die Großmärkte zwar ihren Beitrag leisten, ihre Existenz sei hierfür aber nicht essentiell. In der Anhörung habe sich darüber hinaus, auf Nachfrage bei den Sachverständigen, niemand für die Aufnahme in die Liste des immateriellen Kulturerbes Nordrhein-Westfalens ausgesprochen.

Die Fraktion der FDP bestätigt, dass es zwar keine Verpflichtung der Landesregierung zum Handeln gebe, das Land und die Kommunen müssten sich jedoch ihrer Verantwortung stellen. Der Markt habe sich in der Tat verändert. Die Erhaltung der Großmärkte sei zwar nicht die alleinige Lösung im Hinblick auf die Marktmacht der großen Lebensmitteleinzelhandelsketten, jedoch müsse es Alternativen zu diesem Oligopol geben. Der Vorschlag zur Aufnahme der Großmärkte in die Liste des immateriellen Kulturerbes Nordrhein-Westfalens ginge der Fraktion der FDP zu weit, jedoch begrüße sie insgesamt den Antrag der Fraktion der SPD und werde diesem zustimmen.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll 18/550 verwiesen.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/6386, wurde im Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 17. April 2024 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

## **C Ergebnis**

Der Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume empfiehlt, den Antrag, Drucksache 18/6386, abzulehnen.

Dr. Patricia Peill  
Vorsitzende